

# Land will Vertrag mit Muslimen

Zuwanderer sollen besser integriert werden – Einzelne Artikel auch bei SPD umstritten

VON PETER MLODOCH

**HANNOVER.** Mindestens ein weiteres halbes Jahr müssen die Muslime in Niedersachsen noch auf den lange ersehnten Rahmenvertrag mit dem Land warten. Man strebe einen „zügigen Abschluss“ an, aber auch eine „breite Mehrheit“, sagte Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) gestern in Hannover. „Diesen Balanceakt müssen wir nun bewältigen.“ Zuvor hatte das rot-grüne Kabinett die Entwürfe für einen Vertrag mit den Verbänden Ditib und Schura sowie einen Vertrag mit der Alevitischen Gemeinde zwar „zustimmend zur Kenntnis genommen“. Eine offizielle Überweisung in das parlamentarische Verfahren erfolgte jedoch nicht.

## Gebetsräume an Schulen

Zu umstritten sind einzelne Artikel auch in den eigenen Reihen. Mehrere SPD-Abgeordnete wehren sich vor allem gegen Gebetsräume an öffentlichen Schulen, da diese eine Religion – nämlich den Islam – einseitig bevorzugen würden. Die CDU-Fraktion warnt au-

ßerdem vor Friedhöfen in muslimischer Hand oder lautsprecherverstärkten Muezzinrufen an den Moscheen. Die FDP wiederum bezweifelt, ob die als Vertragspartner ausgeguckten Verbände überhaupt die Mehrheit der in Niedersachsen lebenden Muslime vertreten könnten.

Zahlen dazu konnte auch die Ministerin nicht nennen. Ansonsten verteidigte die Ressortchefin die geplanten Verträge gegen die heftige Kritik. Diese seien ein wichtiger Schritt hin zu einer Normalität sowie ein deutliches Signal gegen Vorurteile und Hass. Gerade die Vorschriften zum Moschee-Bau, zum Bestattungswesen sowie zu Kopftuch und Gebetsräumen an Schulen hätten lediglich „deklaratorischen Charakter“, würden



**Will zügigen Abschluss mit Verbänden: Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD).** Foto: dpa

wesen sowie zu Kopftuch und Gebetsräumen an Schulen hätten lediglich „deklaratorischen Charakter“, würden

## HINTERGRUND

### Muslime in Niedersachsen

Die Zahl der Muslime in Niedersachsen wird auf über 300 000 geschätzt, es gibt 200 Moscheen und Gebetsstätten. Da die Moscheegemeinden ihre Mitglieder nicht registrieren, gibt es keine exakten Daten. Organisiert sind die Gemeinden im

Landesverband der Türkisch-Islamischen Union (Ditib) sowie dem Landesverband der Muslime (Schura). Nicht alle Gemeinden gehören einem der Verbände an. Und nicht jeder Mensch muslimischen Glaubens ist fest in einer Gemeinde verankert. (Ini)

also nur „Selbstverständliches“ betonen, meinte die Ministerin. Schon heute könnten Schulen Rückzugsmöglichkeiten zur inneren Einkehr bereitstellen – und zwar für alle Schüler jeglichen Glaubens. „Sie müssen aber nicht.“

Die Regelung zur Bekleidungsfreiheit gebe das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wieder, sagte Heiligenstadt. Muslimische Lehrerinnen könnten sich danach frei für das Tragen eines Kopftuchs, „aber eben auch frei dagegen entscheiden“.

Seit zwei Jahren verhandelt die rot-grüne Regierung bereits mit den Verbänden. Hamburg hat seit Herbst 2012, Bremen seit Januar 2013 eine entsprechende Vereinbarung. Gebetsräume sind hier allerdings nicht erwähnt; auch die Feiertagsregelung geht nicht so weit. Niedersachsen will muslimischen Arbeitnehmern jeweils einen unbezahlten Urlaubstag an deren drei wichtigsten Festen gewähren.

• Detaillierte Infos über den Vertrag im Internet unter: [www.mk.niedersachsen.de/](http://www.mk.niedersachsen.de/)